Detailansicht des Registereintrags

Leo Dautzenberg

Aktuell seit 05.11.2026 10:40:26

Natürliche Person

Registernummer:	R000272
Ersteintrag:	02.02.2022
Letzte Änderung:	05.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	03.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,00

Mitgliedschaften (2):

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands
2. Wirtschaftsrat der CDU e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (26):

Allgemeine Energiepolitik; Fossile Energien; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Land- und Forstwirtschaft; Lebens- und Genussmittelindustrie; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Kommunikations- und Informationstechnik; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Zivilrecht; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Automobilwirtschaft; Bank- und Finanzwesen; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Versicherungswesen; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (12)

1. **Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten im deutschen Versicherungswesen senken**

   Beschreibung:
   Aus den Ergebnissen der Fokusgruppe private Altersvorsorge wird ein Gesetzentwurf erarbeitet. Bürokratie und Verwaltungsaufwand für Versicherungsnehmer, Arbeitgeber und Anbieter von Altersvorsorge sollten durch Durchlässigkeit der Förderschichten abgebaut werden.

   Betroffenes geltendes Recht:
   AltZertG [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

2. **Mögliche Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden verhältnismäßig ausgestalten**

   Beschreibung:
   Die Einführung einer Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden wäre für Eigentümer höchst unwirtschaftlich, da Gebäude in Hochrisikogebieten kaum versicherbar sind. Daher sollte auf Gefahrenpräventionsmaßnahmen und eine verhätnismäßige Regelung gesetzt werden.

   Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

3. **Gleiche Gestaltungsrechte PKV wie GKV**

   Beschreibung:
   Damit privat Versicherte genauso wie gesetzlich Versicherte von innovativen Entwicklungen im Gesundheitswesen profitieren können, sollten Private Krankenversicherungen analoge Gestaltungsrechte erhalten wie die Gesetzliche Krankenversicherung. Dies sollte bei künftigen Gesetzesvorhaben berücksichtigt werden.

   Interessenbereiche:
   Versicherungswesen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2412180150** (PDF - 2 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 23.10.2024 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. **Hebung Effizienzpotenziale - Stärkung Digitalisierung im Gesundheitswesen**

   Beschreibung:
   Die Digitalisierung im Gesundheitswesen sollte gestärkt werden, um Effizienzpotenziale im Gesundheitswesen zu heben (z. B. Vermeidung von Doppeluntersuchungen, effizienter Mitteleinsatz).

   Interessenbereiche:
   Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Versicherungswesen [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2412180148** (PDF - 3 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 23.10.2024 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Künftige Finanzierbarkeit von GKV und SPV**

   Beschreibung:
   Die GKV und SPV sollte so aufgestellt werden, dass eine finanzielle Überbelastung des Systems vermieden wird. Es sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Solidarität und Subsidiarität bestehen. Dies trägt zur Beitragssatzstabilität bei und erhöht in der Pflegeversicherung die Generationengerechtigkeit.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Versicherungswesen [alle RV hierzu]

6. **Begleitung der Überarbeitung der Verordnung (EU) 2017/745 (EU-Medizinprodukte-Verordnung MDR)**

Beschreibung:
Praxistaugliche Ausgestaltung des Überwachungs-, Zertifizierungs- und Zulassungssystems von Medizinprodukten.

Betroffenes geltendes Recht:
MPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

7. **Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht**

Beschreibung:
Schaffung eines Level-Playing-Field in der Vergabe von Prüfaufträgen der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1857 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJV): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen in der durch die Richtlinie (EU) 2025/794 geänderten Fassung (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
LkSG [alle RV hierzu]; HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

8. **Maßnahmen gegen Territoriale Lieferbeschränkungen**

Beschreibung:
Angesichts der erheblichen Binnenmarkthindernisse und hohen Kosten durch territoriale Lieferbeschränkungen sollte sich auf europäischer Ebene für einen Legislativvorschlag eingesetzt werden, der solche Praktiken wirksam unterbindet und den freien Warenverkehr sowie fairen Wettbewerb stärkt.

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]

9. **Stufenweise Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen**

Beschreibung:
Forderung nach Gleichbehandlung der Tochtergesellschaften und selbstständigen Einzelhändler des genossenschaftlich organisierten EDEKA-Verbunds mit den nach dem Gesetzesentwurf privilegierten Genossenschaften der Realwirtschaft.

Bundesrats-Drucksachennummer:
BR-Drs. 385/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
HGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2512220036** (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.10.2025 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

10. **Entlastungen bei Strompreisen**

Beschreibung:
Unterstützung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Entlastungen für alle Unternehmen und privaten Verbraucher bei der Senkung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß und Netzentgelten.

Betroffenes geltendes Recht:
StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

11. **Tabaksteuer: geltende Regelung fortschreiben, Steuererhebung digitalisieren**

Beschreibung:

Das Tabaksteuermodernisierungsgesetz sieht seit 2022 Tabaksteueranpassungen in vier Schritten vor, die ein stabiles Steueraufkommen sichern und gleichzeitig Marktverwerfungen mit der Folge einer Steigerung des illegalen Handels vermeiden. Die steuerlichen Vorzüge dieser Regelung sollten sowohl bei einer möglichen Überarbeitung der EU-Tabaksteuerrichtlinie als auch nach seinem Auslaufen zum 15. Februar 2027 gesichert werden. Unterstützung der Einführung einer digital gestützten Steuererhebung zwischen den Wirtschaftsbeteiligten und der Zollverwaltung resp. eines digitalen Steuerzeichens zur Authentifizierung der Echtheit des versteuerten Produktes und der korrekten Entrichtung der Tabaksteuer.

Betroffenes geltendes Recht:
TabStG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

12. **Praxisgerechte Ausgestaltung der Steuer auf zuckergesüßte Getränke**

Beschreibung:
Forderung einer praxisgerechten Ausgestaltung der Steuer auf zuckergesüßte Getränke, entsprechend der Empfehlung der FinanzKommission Gesundheit: Begrenzung auf Softdrinks, Steuerfreiheit unter 5 g Zucker je 100 ml und zwei Steuerstufen sowie eine ausreichende Übergangsfrist von 18 Monaten zwischen Beschluss und Inkrafttreten verankert werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7860 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2027
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/7300 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2027 (Haushaltsgesetz 2027 - HG 2027)
Zuständiges Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. **Auftrag**
Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden Gespräche mit
Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit

dem
Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt. Zweck der
Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln. Dies betrifft insbesondere die EUTOP-Mandate British American Tobacco (Industrie) GmbH, Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, TÜV SÜD AG, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, Deutsche Post AG, Bundesnotarkammer Körperschaft des öffentlichen Rechts und Vertex Pharmaceuticals (Germany) GmbH.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arzneimittel, Automobilwirtschaft, Bank- und Finanzwesen, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, EU-Binnenmarkt, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung, Handel und Dienstleistungen, Industriepolitik, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Land- und Forstwirtschaft, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Pflegeversicherung, Rente/Alterssicherung, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Versicherungswesen, Zivilrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Verwaltungsaufwand und Bürokratiekosten im deutschen Versicherungswesen senken, Mögliche Versicherungspflicht für Hauseigentümer gegen Elementarschäden verhältnismäßig ausgestalten, Gleiche Gestaltungsrechte PKV wie GKV, Hebung Effizienzpotenziale - Stärkung Digitalisierung im Gesundheitswesen, Künftige Finanzierbarkeit von GKV und SPV, Begleitung der Überarbeitung der Verordnung (EU) 2017/745 (EU-Medizinprodukte-Verordnung MDR), Umsetzung der EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) in deutsches Recht, Maßnahmen gegen Territoriale Lieferbeschränkungen , Stufenweise Einführung der Nachhaltigkeitsberichterstattung für Unternehmen, Entlastungen bei Strompreisen, Tabaksteuer: geltende Regelung fortschreiben, Steuererhebung digitalisieren, Praxisgerechte Ausgestaltung der Steuer auf zuckergesüßte Getränke

Auftraggeber/-innen (1):

1. **EUTOP Europe GmbH (EUTOP)**

   Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/25 bis 12/25:
   1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:
Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro